Die Entwicklung des Rechtsextremismus in beiden deutschen Staaten – Beatrice Morgenthaler

Beide deutsche Staaten mussten sich nach dem Ende des Krieges mit dem vergangenen Faschismus auseinander setzen, um zu einem Neuanfang zu kommen – manche sind der Auffassung, dass es in Westdeutschland gar nicht zum wirklichen Neubeginn gekommen sei. Hier soll dargestellt werden, wie diese Auseinandersetzung in den beiden Teilen Deutschlands verlief, was jeweils übrig blieb vom Faschismus und was sich weiter entwickelt hat. Letztlich könnte die Kenntnis darüber zu einem besseren Verständnis davon führen, was sich in der Übergangszeit zu einem vereinten Deutschland und danach mit hässlicher Fratze wieder gezeigt hat.

Zunächst zu den Begrifflichkeiten: Rechtsextremismus ist heutzutage der gängigste Begriff, um das Phänomen zu beschreiben, das besonders hier im Osten[1] auch mit Neofaschismus umschrieben wird. In der geschichtlichen Betrachtung haben wir es nach dem Krieg eher mit Überresten des Faschismus in seiner Ausprägung des Nationalsozialismus zu tun. Im Lauf der Zeit wurden die Vorstellungen aus dieser Zeit den sich ändernden Bedingungen in den jeweiligen Gesellschaften angepasst.
Rechtsextremismus ist eine West-Bezeichnung und stellt klar, dass sich die Träger dieser Ideologie außerhalb der Verfassung stellen. Mitgedacht wird immer auch ein Linksextremismus. Eine solche Definition macht für die DDR wenig Sinn, diese Kategorisierung war deren politischen Vorstellungen fremd.
Rechtsradikalismus wird allgemein als minder schwere Form als Rechtsextremismus empfunden, aber an die Wurzel (radix) des gesellschaftlichen Systems zu gehen, bewerte ich gleich wie Extremismus, sich außerhalb zu stellen. Bleibt der Begriff Neo-Faschismus.
Haben im Westen lange Zeit auch konservative Historiker den Begriff verwendet, so wurde er mit der Zeit umstritten und als Kampfbegriff des Sozialismus abgelehnt. War der Nationalsozialismus eine Form des Faschismus – was hatten die beiden Begriffe überhaupt miteinander zu tun? Wenn es sich tatsächlich um Faschismus handelte, waren die neuen Erscheinungsformen eine Fortentwicklung des alten, oder handelte es sich um etwas neues, das neu zu benennen wäre? Im umgangssprachlichen Ausdruck „Neonazis“ steckt die Ansicht, dass die Träger neonazistischer Ansichten auf die nationalsozialistische Zeit zurückgreifen. So hat jeder Begriff seine Schwierigkeiten, man muss sich aber klar darüber sein, was man meint.

[1] Die Tagung fand in der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASFH) im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf und damit im ehemaligen Osten Berlins statt. (Anm. d. Red.)

Was macht nun die neonazistische Ideologie aus? Welche Merkmale oder Argumentationsstränge liegen ihr zu Grunde? Folgende Einstellungen sind für mich bestimmend, um von Rechtsextremismus/Neofaschismus zu sprechen:

- Das eigene Volk zuerst – Herabminderung anderer Völker, die sich durch Rasse/Kultur unterscheiden / fast immer auch Antizionismus (Judenfeindlichkeit)
- Individualrechte treten zurück gegenüber Kollektivrechten
- Führerprinzip in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, auch in der Familie
- Ablehnung demokratischer Prinzipien und des Parteiensystems
- Bezug auf das „3. Reich“ direkt oder auf Theoretiker, die die Ideologie des Nationalsozialismus mit bestimmten
- Befürwortung von Gewalt zur Erreichung der Ziele

Beginnen wir mit der geschichtlichen Betrachtung der drei westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik. Direkt nach der Befreiung vom Faschismus und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen waren die Besatzungsmächte natürlich nicht in der Lage, dort sofort die Verantwortung zu übernehmen und in ihrem Sinn zu leiten. Dennoch musste das Leben weiter gehen, und Teile der Bevölkerung nahmen das Heft in die Hand – vor allem Arbeiter in den Fabriken, aber auch örtliche Honoratioren, Geistliche usw., auch Gewerkschaftsführer und Funktionäre der antifaschistischen Parteien, soweit sie übrig geblieben waren, Menschen, die dem Faschismus nicht nahe gestanden hatten oder aber versuchten zu retten, was noch zu retten war.
Es entstand eine Selbstverwaltung, auch in dem Sinn, dass Antifaschisten versuchten reinen Tisch zu machen denen gegenüber, die sie als Verantwortliche im „3. Reich“ erlebt hatten. In dem Augenblick aber, als die Besatzungsmächte sich etabliert hatten, unterbanden diese solche Aktivitäten. Besonders die US-Amerikaner hegten tiefes Misstrauen gegen die deutsche Bevölkerung. Eine strenge Entnazifizierung wurde in Gang gesetzt, jeder Erwachsene hatte einen ausführlichen Fragebogen auszufüllen. Aber die alsbald wuchernde Bürokratie unterband einen Erfolg. Dazu kam, dass bald offensichtlich wurde, dass gerade diejenigen, die am meisten verstrickt waren, glänzende Zeugnisse von Menschen vorlegen konnten, denen sie unter Gefahr ihres eigenen Lebens geholfen haben wollten, oder Bescheinigungen über einen einwandfreien christlichen Lebenswandel. Das Volk nannte das „Persilscheine“. Allein in Bayern wurden 2,5 Millionen solcher Bescheinigungen vorgelegt.

Die Engländer und vor allem die Franzosen teilten das amerikanische Sendungsbewusstsein nur in Maßen. Sie sorgten aber auch dafür, dass Spitzenstellungen zunächst nicht mit Nationalsozialisten besetzt wurden. Für Bayern wurde vier Jahre nach Kriegsende untersucht, wie viele frühere Parteigänger in den Ministerien vertreten waren, und man stellte folgende Zahlen fest:

- 81% der höheren Justizbeamten
- 77% im Agrarministerium
- 60% im Finanzministerium.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle diese Leute weiterhin im nazistischen Sinn gehandelt hätten. Manch einer überdachte seine Haltung angesichts des erlebten Zusammenbruchs. Allerdings waren bis 1947 noch gut die Hälfte der von US-amerikanischen Forschern befragten Deutschen der Meinung, dass der Nationalsozialismus von der Idee her gut gewesen sei, nur die Ausführung der Idee wurde bemängelt. Auch der Antisemitismus war noch weit verbreitet.

In dieser Zeit, in der Reisen nur mit Passierschein möglich und das Reisen über die Grenzen der Besatzungszonen gar nicht vorgesehen war, war es auch für die Nationalsozialisten schwierig sich neu zu organisieren. Es geschah aber dennoch in kleinerem Rahmen. Der Internationale Gerichtshof in Nürnberg z.B., an dem die Verhandlungen gegen die Hauptkriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit stattfanden, sollte 1946 Ziel eines Anschlags von 7 SS-Männern werden.
Sie versuchten sich Papiere und Uniformen zu beschaffen, um in den Gerichtssaal einzudringen und Richter und Ankläger zu ermorden. Als Ablenkungsmanöver war geplant, in mehreren Städten Unruhen anzuzetteln. Solche Vorkommnisse waren allerdings Einzelfälle, keine Massenerscheinung. Interessant ist das Echo auf die Enthüllung des Plans: Einige meinten, dass dies Protest gegen die Nürnberger Urteile sein sollte oder auch ein Akt des Widerstandes gegen die Besatzungsmächte, Manche gingen sogar von einem Dumme-Jungen-Streich aus.
Zu solcher Interpretation haben wesentlich zwei Faktoren beigetragen: Konrad Adenauer persönlich, der als christlicher Politiker von den Nazis verfolgt war, vertrat die Ansicht, dass es für den neuen Staat besser sei die Vergangenheit ruhen zu lassen. Er wollte, dass sich die Menschen mit voller Kraft dem Wiederaufbau widmeten und nicht riskieren, durch die Auseinandersetzung mit den Taten der Vergangenheit weiter Unfrieden zu haben. Er selbst redete z.B. das Handeln der Wehrmacht durch Pauschalaussagen von ehrenhaften Soldaten, die nur ihre Pflicht getan hätten, schön.

Die zweite Seite war das Handeln der Unterstützer und Verteidiger der Verbrecher vor dem Nürnberger Gerichtshof. Ihnen gelang es, in den Augen der Bevölkerung die Prozesse als solche gegen das ganze Deutsche Volk hinzustellen. Es wirkten zusammen die Anwälte, Parteienvertreter bis hinein in die CDU und FDP, die Kirchen, nationalsozialistische Seilschaften und zahlreiche Unterstützer aus dem rechten Spektrum, dazu große Teile der Presse.
Zur Vorbereitung der Wiederbewaffnung der BRD im Zuge des „Kalten Krieges“ trugen sie immer aggressiver die Forderung nach Rehabilitierung der Wehrmacht als ganzem und nach der Freilassung der Kriegsverbrecher vor – und sie hatten zumindest teilweise Erfolg. Aus diesem Spektrum gelang es einzelnen Personen auf die Abläufe der Politik Einfluss zu nehmen, etwa im „Arbeitskreis Entnazifizierung“ von Nordrhein-Westfalen, bei einer Kampagne für die Amnestie-Bewegung für die Nazi-Verbrecher, bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen, und es wurden Verbindungen geknüpft zu einer 1951 gegründeten Organisation, der „Stillen Hilfe“ für inhaftierte Nazi-Verbrecher und heute von Neo-Nazis. Die Stille Hilfe war von Beginn an einer der wichtigsten Knotenpunkte für alle Arten von Rechtsextremisten, wie zerstritten sie sonst auch gewesen sein mögen.

Kein Einzelfall war seit 1948 die Einbeziehung erfahrener Nationalsozialisten in den „Kalten Krieg“. So wurde der ehemalige Chef der Abteilung Fremde Heere Ost des Oberkommandos der Wehrmacht, Gehlen, in Dienst genommen. Sein Wissen über die Sowjetunion wurde geschätzt, und er konnte die „Organisation Gehlen“ aufbauen, aus der sich der Bundesnachrichtendienst entwickelte. Im Rahmen dieser Organisation wurden mit Wissen der US-Amerikaner auch Kriegsverbrecher beschäftigt. Andere waren weniger begünstigt.

Aus militaristischen Kreisen, ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, hatte sich in britischer Gefangenschaft eine „Bruderschaft“ entwickelt, die sich Adenauer als Kern für die neu zu gründende Armee andiente. Sie wollten erreichen, dass völkische und nationalsozialistische Eliten in Parteien und Regierungen einsickern konnten. Der britische Geheimdienst griff schließlich ein, um ihre Umtriebe zu unterbinden.

Der Artikel 131 Grundgesetz verpflichtete den Gesetzgeber, die Beamtenschaft, und dies umfasste auch die Berufssoldaten und zivilen Angestellten der früheren Wehrmacht, wieder zu beschäftigen, soweit sie nicht als Verbrecher angeklagt und verurteilt waren. So kamen im Lauf der 50er Jahre immer mehr (ehemalige) Nationalsozialisten wieder in den Staatsdienst. Belegt ist dies gut beispielsweise für den Auswärtigen Dienst oder auch für das Bundeskrimi-

nalamt. Unbelastete Menschen, die in der Nachkriegszeit zunächst die notwendigen Dienste versehen hatten, wurden zu Gunsten der Altgedienten wieder entlassen.
Direkte Auswirkungen hatte diese Wiederbesetzung in der Regel insofern, als dass Teile der Vorstellungen, wie neues Personal ausgebildet werden sollte oder auch wie man mit Klienten umzugehen hatte, bruchlos, aber schon angepasst an die neuen Gesetze, von der nationalsozialistischen Zeit hinübergerettet wurden. Offene Demokratiefeindlichkeit wurde hingegen nicht mehr zur Schau gestellt. Der Umgang mit Verdächtigen, insbesondere wenn sie aus dem Ausland kamen oder staatenlos waren, ist hier ein Beispiel, auch wenn die Vorbeugehaft oder auch die Überwachung entlassener Straftäter damals nicht mehr durchgesetzt werden konnten.
Für den Auswärtigen Dienst kann man die Pflege der guten Beziehungen zu faschistischen oder semifaschistischen Regimes nennen, soweit sie nur antikommunistisch waren. Auch das Bundeskriminalamt half beim Aufbau von Polizeistrukturen in diesen Ländern.
Nachhaltig wirkte auch die Weiterbeschäftigung praktisch der gesamten Richterschaft aus dem „3. Reich“ fort. Rechtssuchende hatten praktisch kaum Chancen, wenn es um Ansprüche ging, die im Unrecht der Nazizeit begründet waren. Auch Fanatiker, die wieder gegen schon damals Verfolgte vorgehen wollten, fanden oft milde Richter.
Erst als man 1959/60 die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen“ in Ludwigsburg gründete, nahm der Verfolgungsdruck auf NS-Verbrecher deutlich zu. Ein Musterbeispiel für den Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten war der Fall Globke. Er wurde 1953 unter Adenauer Staatssekretär im Bundeskanzleramt und nahm diese Funktion bis zum Ende seiner Regierungszeit 1963 wahr. Globke war im Reichsinnenministerium Koreferent für Judenfragen und hatte an der Ausarbeitung und Kommentierung der Nürnberger Rassegesetze mitgearbeitet. Allerdings hat er sich dem neuen System opportunistisch angepasst und am Aufbau des demokratischen Staates mitgewirkt, wie die meisten anderen Belasteten aus der Nazizeit auch.

Als es wieder möglich wurde Parteien zu gründen, entstanden 1945 die ersten Vorläuferparteien der heutigen NPD, die Deutsche Aufbaupartei und die Deutsche Konservative Partei. Da man wusste, dass die Alliierten eine direkte Nachfolgepartei der NSDAP nicht genehmigen würden, zeigten die Parteien einen nationalkonservativen Charakter, der auch die Nationalsozialisten anziehen würde. Ihre Programmatik war entsprechend unklar. Die Alliierten griffen immer wieder ein mit Versammlungs-, Redeverboten usw. und beschränkten die Wirkungsmöglichkeiten nachhaltig. Dennoch ließen Parteivertreter an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig, wenn sie sich unter ihresgleichen wähnten. Ein Augenzeuge berichtete über ein

Treffen mit einem Funktionär, der sich vom Wirken der Partei erhoffte: Juden und sozialistische Funktionäre würden nach der Machtergreifung ohne Verfahren liquidiert, geringere Staatsfeinde in Konzentrationslager gesperrt. Der Nürnberger Prozess sei eine Schweinerei und Adolf Hitler für jeden anständigen Deutschen unantastbar. Über den späteren Deutschen Gruß werde man sich schon einigen.

Eine der rechtsgerichteten Parteien, die Sozialistische Reichspartei, wurde 1952 als verfassungsfeindlich verboten. Sie wurde als Nachfolgerin der NSDAP angesehen. Aber auch die anderen rechtsgerichteten Parteien konnten sich in der Bundesrepublik nicht wirklich etablieren. Hatten sie anfangs noch einige Wahlerfolge, so nahm der Zuspruch zu ihnen auch mit der sich entwickelnden Wirtschaft stetig ab.

Zur Jahreswende 1959/60 kam es zu einem Skandal. Zwei Parteiangehörige (DRP) wurden wegen antisemitischer Schmierereien dingfest gemacht. Zwar gab es solche schon vorher, aber jetzt wurde solches Verhalten thematisiert. In der Folgezeit gab es eine Welle von solchen Taten, überwiegend begangen von jungen Menschen, die das „3. Reich“ kaum bewusst erlebt hatten. Daraus ergab sich eine Reihe von Interpretationen angefangen von Abenteuerlust bis zu der Vermutung, die Täter seien von der Partei irregeleitet. Den jungen Leuten sprach man einen politischen Willen jedenfalls ab. Konservative Kreise sahen die Täter aber auch als von Drahtziehern aus der DDR geleitet, um die Bundesrepublik in den Augen ihrer Verbündeten zu diffamieren, hatten sie sich doch vorher auch mit SED-Abzeichen ausgestattet. Die Auseinandersetzung führte zu neuen pädagogischen Konzepten und dem Versuch, jetzt die Jugendlichen über den Völkermord an den Juden im „3. Reich“ aufzuklären.

Die Versuche von Nationalsozialisten, die Jugend wieder zu organisieren, blieben weitgehend erfolglos. Aber kritische Beobachter (Dudek und Jaschke) konnten feststellen: Trotz ihrer im Vergleich zu den demokratischen Jugendverbänden marginalen Rolle in der politischen Kultur der Bundesrepublik prägte die frühe rechtsextreme Jugendszene entscheidend jene politischen, kulturellen und pädagogischen Kontinuitätslinien, die bis in die heutigen Gruppen laufen und hier ihren Ausdruck in nazistischen Agitationsformen, paramilitärischen Mentalitäten und nationalrevolutionärer Renaissance finden.

Als die Konflikte in der Bundesrepublik größer wurden, gab es allerdings aus ihrem Kreis rechtsextremistische Aktivitäten bis hin zu Attentaten. 1965/66 gab es Anschläge in Berlin auf „Verzichtspolitiker“, die bereit waren, die polnische Westgrenze anzuerkennen, und Publizisten, die dies befürworteten. Eine Namenskartei mit „Nestbeschmutzern“ wurde zusammengestellt, politisch Missliebigen und aktiven jüdischen Bürgern, die die Nazi-Verbrechen

weiter aufklären wollten. Schallplatten wurden hergestellt und an Interessenten vertrieben, wie: „Aus dem Führerhauptquartier“, „Komplott der jüdisch-angelsächsischen Kriegsanstifter“, Lieder aus dem „3. Reich“.
1961-66 wurden folgende nazistischen und antisemitischen Vorfälle dokumentiert (Jenke): Ihre Zahl lag zwischen 389 und 521, meist Schmieraktionen. 1964 aber wurden 10 Vorfälle im Bereich Terror/Brandstiftung/Sprengstoff gezählt. Die Gerichte erkannten überwiegend auf „politische Unfughandlungen“, nur 1961 sah man in 44% der Angeklagten politische Überzeugungstäter. Der Altersschwerpunkt lag zwischen 21-40 Jahren, aber auch unter 14- und über 60-jährige beteiligten sich.
In diesen Jahren gab es viele Verfahren gegen NS-Täter, aber auch viele auffallend niedrige Strafen.
1960 und 1965 führten die Verjährungsdebatten des Bundestages zur neuerlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das Parlament entschied sich gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit für die Verlängerung der Frist.

Zur Zeit der 1. Großen Koalition (ab 1966) in der Nach-Adenauer-Ära erhielt die NPD (1964 gegründet) bei Landtagswahlen in Hessen und Bayern jeweils über 7% der Stimmen, und zwar in ehemaligen Hochburgen der NSDAP. Schon 1966 betonte die Partei ihren Willen dafür zu sorgen, dass die damals so genannten Gastarbeiter wieder „nach Hause“ zurückkehrten. 1968 erreichte die NPD bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg fast 10% der Stimmen, ab dann gab es keine nennenswerten Wahlerfolge mehr.
Bei einer NPD-Veranstaltung 1969 in Frankfurt traten 60 uniformierte und bewaffnete Ordner auf. Etliche Demonstranten wurden schwer verletzt, aber die anwesende Polizei sah keinen Grund einzugreifen.
Einzelne Politiker, auch von der CDU, wollten damals die NPD als verfassungsfeindlich verbieten lassen. Man war sich über deren Charakter nicht klar: war sie vielleicht nur rechtskonservativ? Auch in anderen westlichen Ländern gab es rechte Parteien – ohne Aufschrei in der Öffentlichkeit. Die BRD-Regierungen und -Parteien bedienten immer wieder rechtsextremistische Ressentiments und banden so extrem rechts Denkende in das System ein.

Als sich die Studentenbewegung herausbildete, entstand auch eine intellektuelle Rechte, die als „Neue Rechte“ zur Theoriebildung beitrug. Damals entstanden die Konzepte oder sie wurden fortgeführt aus der Zeit noch vor dem Nationalsozialismus, die heute für die Argumentation der NPD und der Neonazis bedeutend sind.

Mit dem Niedergang der NPD differenzierte sich die extreme Rechte weiter aus in ein Spektrum von radikalen Kleinstgruppen bis hin zur Bildung von neuen rechten Parteien wie der DVU, die vorher schon als Verein bestanden hatte und den Republikanern mit einem eher neoliberalen Wirtschaftsverständnis. Mit den anderen Parteien teilen sie aber einen ethnisch fundierten Nationalismus und das autoritäre Staatsverständnis.

1977 trat die erste ernst zu nehmende Terrororganisation auf, die „Aktion Nationaler Sozialisten“ um Michael Kühnen. Im Jahr 1979 wurde die Fernsehserie „Holokaust“ ausgestrahlt. Rechtsextremisten reagierten schon im Vorfeld mit Terroraktionen, Anschlägen auf Sendemasten und Drohungen gegen die ausstrahlenden Sender. Auch waren Hakenkreuzschmierereien und ähnliches in großem Umfang zu verzeichnen. „Deutsche Aktionsgruppen“ unter der Leitung des Juristen Manfred Roeder verübten 7 Brand- und Bombenanschläge, z.B. gegen das Bundessammellager für Flüchtlinge in Zirndorf oder ein Asylbewerberheim in Lörrach (Baden). Die Mitglieder dieser Terrororganisation waren älter als die anderen Aktivisten, sie hatten Familien und feste Arbeitsplätze.

Anfang der 80er Jahre wurden ca. 2000 organisierte jugendliche Mitglieder verschiedenster rechtsextremistischer Vereine gezählt. 1983 gab es 45 rechtsextremistische „freie“ Verlage.
In dieser Zeit fand eine Radikalisierung und Verjüngung der rechten Szene statt, dazu eine gesteigerte Netzwerkbildung durch Mehrfachmitgliedschaften von Aktivisten usw. Im Jahr 1982 wurden 2475 Gesetzesverletzungen registriert. Seit 1972 hatte sich ihre Anzahl langsam gesteigert. 1985 gab es 2 Morde, die Skinheads verübt hatten. 1986 wurden Brandanschläge gegen 10 Flüchtlingsunterkünfte verzeichnet. 1989 waren etwa 1500 Menschen aus dem neonazistischen Lager registriert, die immer wieder gemeinsam agierten.

Von politischer Seite wurde überwiegend mit Verharmlosung und Beschönigung reagiert. 1980 fand ein Attentat auf das Oktoberfest in München statt mit 13 Toten und 211 zum Teil schwer Verletzten. Der Täter war Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, galt aber als Einzeltäter. Die Gruppe wurde 1980 aufgelöst, sie wurden als „Spinner“ abgetan. Franz Josef Strauß ließ verlauten: „*Um 6 Uhr morgens schickt man 500 Polizisten los, um 20 Verrückte auszufragen. ... Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen „battle dress“ (Kampfanzug) spazieren geht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.“*

Im Lauf der Nachkriegszeit bis zur Regierung Kohl hatten sich bestimmte Normen für die Interpretation des Nationalsozialismus herausgebildet. Die Interpretation war etwa: Der Nationalsozialismus war schlecht. Die Ausrottung der Juden war das Werk von Einzeltätern. Die Bürger haben mit den eigenen Kriegserfahrungen, Bombardierung von Städten, Flucht und Vertreibung gebüßt. Außerdem gab es die Entnazifizierung. Und schließlich gab es eine Wiedergutmachung durch die Unterstützung des Staates Israel. Die Deutschen haben aus der Vergangenheit gelernt und eine stabile Demokratie errichtet.

Diese Normen wurden jetzt nicht mehr unbedingt respektiert. Besonders eine Art von Antisemitismus wurde wieder möglich. Deutschen Juden wurde unterstellt, dass ihre Heimat Israel sei, oder dass sie selbst schuld seien, wenn Juden nicht gemocht würden. Und es gab den Historikerstreit mit der Umdeutung der Geschichte, dass der stalinistische Gulag „ursächlicher“ gewesen sei als die Vernichtungslager des „3. Reiches“, die sich nur durch die Technik der Vergasung unterschieden hätten.
Man forderte, wieder „unbefangen“ seine Liebe zu Deutschland erklären zu können. Nicht „integrierbare“ Ausländer, besonders „Asylanten“ wurden zum kaum beherrschbaren Problem definiert. Die Deutschen müssten sich gegen die „Überfremdung“ wehren.

Nach und nach fanden bisher eindeutig rechtsextremistische Parolen Eingang in die Politiksprache. So lange es Erfolg versprechender war, die etablierten Parteien zu wählen, da sie ebenso für bestimmte Ziele standen, die Rechtsextremisten wichtig waren, gab es für sie auch keinen Grund, die rechtsextremistischen Parteien zu wählen. Erst dort, wo die Politik in ihren Augen versagte, wählten sie auch diese Parteien. Dies trifft im Übrigen auch auf die ersten Wahlerfolge für die NPD zu. Sie hatte Erfolg in einer Zeit, die als politisch und wirtschaftlich instabil angesehen wurde durch die diplomatische Annäherung an Staaten des Ostblocks und die Kohle- und Stahlkrise besonders im Ruhrgebiet und die allmähliche Umstrukturierung der westdeutschen Wirtschaft. Wo Instabilität wahrgenommen wurde, wurde jeweils auch verstärkt versucht, Handlungsdruck aufzubauen, indem beispielsweise zu terroristischen Mitteln gegriffen wurde und Konflikte mit Fremden gesucht und aggressiv ausgetragen wurden.

Für die Bundesrepublik vor der Wende lässt sich im Hinblick auf den Rechtsextremismus bilanzieren:

- ausgeprägte Gruppen- und Parteistrukturen
- Rivalität verschiedener Strömungen

- eine intellektuelle Rechte als Stichwortgeber auch für die Regierungspolitik
- eine Vertriebs- und Verlagsstruktur mit einigen finanziellen Möglichkeiten.

Werfen wir nun einen Blick auf die Verhältnisse in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Auch hier forderte die Besatzungsmacht von der Bevölkerung eine Entnazifizierung, auch hier wurde bestimmt, wer welche Arbeit verrichten und welches Amt auf sich nehmen durfte und wer nicht. Streng wurde zunächst darauf geschaut, wer welche Gesinnung gehabt hatte. Auch hier versuchten antifaschistische Aktivisten aus der Bevölkerung, des bisher herrschenden Ungeists Herr zu werden. Früh schon bildete sich eine Rivalität zwischen der Gruppe der „Verfolgten“, anfangs „Opfern des Faschismus“ und den „Kämpfern“ gegen das Naziregime heraus.
Für die „Verfolgten“ war ein Schwerpunkt der Arbeit die Aufklärung über die Vergangenheit, um dergleichen Verhältnisse für die Zukunft zu vermeiden, die „Kämpfer“ sahen ihren Beitrag im Neuaufbau und nicht in der Aufklärung. Es gab Schulungen für Funktionäre, aber auch Angebote an die Bevölkerung, etwa mit dem Thema: Wie die Nazisten die deutschen Arbeiter mit verlogenen Mitteln in die NSDAP hineingezogen haben; die Wege zur Rückführung der von Hitler belogenen Arbeiter zur einheitlichen Arbeiterschaft als gleichberechtigte Mitglieder.
Der Arbeiter wurde also nicht als handelndes Subjekt gesehen, sondern als betrogenes und damit jedenfalls unschuldiges Objekt. Aber selbst solche Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit wurden bald aufgegeben zugunsten der Orientierung auf den Neuaufbau.
Bei der Säuberung von Nationalsozialisten wurde zum Beispiel das Lehrpersonal an Schulen und Universitäten streng beurteilt, was dazu führte, dass diese Institutionen nur mit Mühe den Lehrbetrieb aufrecht halten konnten. In Jena beispielsweise versuchten der Rektor der Universität und besonders der Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät die Situation zu beeinflussen, indem sie das gesamte frühere Lehrpersonal als Menschen darstellten, denen es nur zufällig gelungen sei, im Nationalsozialismus an der Universität zu bleiben.
Für die Universität Berlin, die spätere Humboldt-Universität, wurde eine Aufstellung des Personals gemacht. Für eine 26-köpfige Abteilung wurde bilanziert:

- 2 Mitglieder der NSDAP seit `33
- 4 Mitglieder von SA, Hitlerjugend, Freiwillige
- 10 Berufssoldaten
- 10 politisch mehr oder weniger Reaktionäre

- 0 politisch Fortschrittliche.

Eine Möglichkeit zur Berufsausübung für NS-Belastete, die aber keine Verbrechen begangen hatten, war, sich einer der Blockparteien anzuschließen und damit ihren Willen kund zu geben, sich am Aufbau zu beteiligen. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) wurde 1948 im Einverständnis mit der Besatzungsmacht gegründet mit dem Ziel, die national Gesinnten, die früher in der NSDAP gewesen, aber bereit waren, den neuen Staat aufzubauen, einen politischen Platz zu geben. Im Parteiprogramm der NDP stand: Wer der DDR die Treue hält, hält ganz Deutschland die Treue.
In Absprache mit der Westabteilung der SED, der Sowjetunion und dem Ministerium für Staatssicherheit verpflichtete Vinzenz Müller, ehemals General unter Hitler, die Gremien der NDP zu Westkontakten. Diese reichten zu den Offizieren der Waffen-SS, der „Bruderschaft“ (siehe Bericht über die BRD), später auch zur rechtsextremistischen NPD.
Viele ehemalige Nationalsozialisten fanden schon vor 1948 ihren Weg in die anderen Parteien. Auch die SED nahm viele von ihnen auf, und es gibt Dokumente, die belegen, dass sich neben der NDP die LDPD (Liberal-Demokraten) besonders um diese Klientel kümmerte, insbesondere, was die Wiedereingliederung in qualifizierte berufliche Bereiche betrifft.

In Thüringen wie anderswo wurden 1948 reaktionäre und zum Teil sogar faschistische Tendenzen an Oberschulen beklagt, und in einer zweiten Entlassungswelle sollten entsprechende Lehrkräfte entlassen werden. Denn bisher hatte man nur auf die Mitglieder der NSDAP geschaut, nicht auf die anderer Organisationen, die ebenso den Nationalsozialismus unterstützt hatten.
Obwohl sogar die Blockparteien der Maßnahme zugestimmt hätten, habe sich die Lehrergewerkschaft dagegen gestellt, und es habe erst einer sehr eindeutigen Zurechtweisung (bedurft), um diese offene Unterstützung nazistischer Bestrebungen zu beseitigen.

Die Mehrheit der Flüchtlinge und Vertriebenen kamen zunächst in der sowjetisch besetzten Zone an. Viele zogen weiter nach Westdeutschland, eine große Anzahl blieb aber auch. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise wurden diese Neuankömmlinge bald überhaupt nicht mehr auf ihre Rolle im Nationalsozialismus überprüft, und so konnten sich auch Täter verstecken. Aber bis zum Mauerbau wählten viele von ihnen den Weg nach Westen.

Da die jungen Leute besonders die faschistische Propaganda in sich aufgenommen hatten, war klar, dass man sich ihrer annehmen müsste. In der Schule sollten sie die Folgen der NS-Herrschaft kennen lernen, und Diskussionen mit Antifaschisten sollten ihnen die Augen öffnen.
Es gab dennoch immer wieder Unmutsbezeugungen von Jugendlichen, die einen Bezug zur nationalsozialistischen Zeit hatten, aber organisiertes Handeln wurde zunächst nicht dokumentiert. Dies änderte sich etwa ab 1958, als von Bandenbildung berichtet wurde, die zumeist allerdings unpolitisch war oder zumindest so aufgefasst wurde. Denn was für die BRD galt, dass vieles verharmlost wurde, galt ebenso für die DDR. Man sprach von Streichen, Abenteurertum und dergleichen. Vieles wurde allerdings als staatsfeindlich angesehen, etwa, wenn sich Flüchtlingskinder gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wandten oder auch nach westlichem Vorbild Presley-Clubs bildeten.
Es wurde aber auch von einem Sportfest berichtet, an der ein Schüler das „Absingen von SA-Liedern“ gefordert hätte. In Neustrelitz verteilten Schüler antisemitische Flugblätter, nachdem sie einen „Anne-Frank“-Film gesehen hatten und wandten sich gegen die Darstellung der Deutschen in diesem Film. Im Kreis Stollberg gab es einen „Großdeutschen Geheimbund“ von 15-16jährigen, die Hakenkreuze schmierten. Andere gaben sich faschistische Namen, ein Mädchenbund benannte sich nach Speidel, Förtsch, Globke und Strauss, von denen in der DDR bekannt war, dass sie im 3. Reich herausragende Rollen gespielt hatten.

In den 60er Jahren gab es auch Banden mit Schusswaffenbesitz. Man überlegte sich beispielsweise, wie man am günstigsten das Volkspolizeiamt besetzen könnte, um noch mehr Waffen zu erhalten.
In einer dieser Gruppen habe man es bedauert, nicht schon im Krieg gelebt zu haben, weil man sich dann an der Judenvernichtung hätte beteiligen können. Zwischen 1960 und –62 wurden fast 3000 Fälle faschistischer Schmierereien gemeldet und 595 Fälle antisemitischer Hetze. Für die späten 70er Jahre wurde beispielsweise berichtet, dass einem Schüler nach wochenlangen antisemitischen Hänseleien ein Judenstern und „Ich bin Jude“ in die Haut geritzt wurde.

In der Wahrnehmung der Staatsmacht nahmen (neo-)nazistische Vorfälle langsam aber stetig zu. Anfang der 80er Jahre bildete sich eine Skinhead-Szene aus, die, zunächst unpolitisch, mit der Zeit Feindbilder definierte. Angegriffen wurde in abnehmender Reihenfolge:

- Ausländer, vor allem mit dunkler Hautfarbe

- Homosexuelle Männer
- Grufties
- Punks
- Anhänger der eigenen Gruppierung
- Polizisten und Bereitschaftspolizisten
- Soldaten
- Einfache Bürger ohne besondere Merkmale

Auch die NVA hatte ein gewisses faschistisches Potenzial. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, in der hochrangige Militärs mit nationalsozialistischer Vergangenheit wieder herausragende Rollen spielten, wurden hier vor allem von Problemen mit Mannschaften berichtet, die sich eindeutig betätigten. Äußerungen waren beispielsweise:

- Die rote Presse muss vernichtet werden
- Wir haben arisches Blut
- Wir sind die alten Deutschen
- Sieg Heil und Heil Hitler

Auch Ausbilder bedienten sich gern eines faschistischen Jargons und beschimpften Rekruten als „Juden“ usw. Schikanen ihnen gegenüber wurden mit „Faschismus spielen“ oder „vergasen“ benannt.

Schon 1946 war festzustellen, dass von KPD- und SPD-Funktionären sich stark auf „Deutschtum“, „deutsche Einheit“, selbst in nationalistischem Sinn, bezogen wurde. Diese Linie zog sich durch bis zum Ende der DDR, etwa in der Abgrenzung von Nachbarstaaten oder auch im Bestreben, eine eigene DDR-Identität zu schaffen. Die schon erwähnten Westkontakte der NDP mit nationalistischen Gruppierungen der BRD hingen auch mit der Idee zusammen, die DDR als die eigentliche Hüterin der deutschen Nation zu präsentieren.

Seit 1986, in der Endzeit der DDR, nahmen die neonazistischen Einstellungen und Ereignisse dramatisch zu. Jetzt wurde öffentlich, was sich vorher mehr oder weniger im Verborgenen entwickelt hatte. Oppositionelle sammelten Material über Übergriffe der Neofaschisten (und wurden als Staatsfeinde denunziert), es entstanden wissenschaftliche Studien über die Rechtsextremisten und ihr politisches Handeln.

1987 verübten Skinheads einen Überfall auf eine Musikveranstaltung in der Zionskirche. Die Volkspolizei, obwohl anwesend, griff nicht ein. Etwa 100 Bürger machten daraufhin eine Eingabe, in der sie sich über das Verhalten der Polizei beschwerten. In diesem Zusammenhang wurden auch andere Vorkommnisse neofaschistischer Art in der Öffentlichkeit thematisiert. Die Täter der Zionskirche fanden milde Richter. Dem Generalstaatsanwalt wurde jedoch klar, dass man dies der Öffentlichkeit nicht vermitteln konnte. Nach seiner Ansicht musste die Strafe verdoppelt werden. Er legte im Einklang mit der Staatsmacht Verfahren, Urteile, Presseberichte sowie zustimmende Leserbriefe fest.
Außerdem teilte er dem damaligen Verantwortlichen Krenz weitere Ermittlungsverfahren wegen „rowdyhaften Ausschreitungen“ mit: gegen 8 Personen in Berlin-Mitte, eine Person in Köpenick und 9 Personen in Velten (Kreis Oranienburg). Dort hatte es unter dem Deckmantel eines Klassentreffens eine Zusammenkunft von etwa 100 Skinheads gegeben. Die Polizei fand faschistische Symbole und Literatur.

Die Bilanz von 9 Monaten der Jahre 1987/88 ergab:

- 82 Ermittlungsverfahren gegen 208 Täter
- 156 von ihnen wurden ich Haft genommen
- 7 Verfahren waren noch nicht abgeschlossen

Im August 1989 wurden 11 Mitglieder einer „SS-Division Walter Krüger“ in Wolgast (Bezirk Rostock) verhaftet. Mitglieder waren auch angesehene Bürger der Stadt wie Lehrer und Beamte.

Skinheads in der DDR bildeten sich fort. Folgende Themen waren von besonderem Interesse:

- Ausländer in der DDR
- Geschichte des Nationalsozialismus und des 2. Weltkriegs
- Geschichte der Teilung Deutschlands
- Alleinvertretungsanspruch der BRD
- Aspekte der Massenmanipulation
- Arbeitsdisziplin und Arbeitsorganisation im Alltag
- Schlamperei und Vergeudung in der Wirtschaft.

Das Verhalten rechtsextremer Straftäter unterschied sich in einigen Punkten von dem unpolitischer:

Sie planten den Ablauf der Handlung. Sie stellten Werkzeug bereit. Sie bereiteten sich körperlich vor – dadurch waren die Folgen für die Opfer oft schwerer. Alkoholgenuss diente dem bewussten Abbau von Hemmschwellen für die Ausführung des Vorsatzes. Sowie die Wahrnehmung von Funktionen im Arbeits- oder Schülerkollektiv, bei der GST oder FDJ, besonders in Ordnungsgruppen. Dieses Engagement war besonders ab 1988 zu beobachten, als die Skins ihr Außenseiterimage als Glatzenträger ablegten. Überdurchschnittlich häufig wurde ihnen gutes oder sehr gutes Arbeits- und Sozialverhalten bescheinigt.
Es gab Hinweise auf Verbindungen zu anderen neofaschistischen Gruppierungen, koordinierten Aktionen, in Ansätzen zu einer rechtsextremistischen Organisation. Man vernetzte sich bei Sportveranstaltungen und über Gefängnisbekanntschaften.

Zum Ende der DDR gab es im Wesentlichen 3 Strömungen. Soziale Assoziationen mit stark nationalistischer Ausrichtung wie Hooligans und Schmuddelskins, Skinheads mit festen Gruppennormen und –strukturen, zu denen sich Oi-Skins und Edelskins zählten. Sie grenzten sich bewusst durch rechte Ideologie und Anleitung zum Handeln von den Schmuddelskins ab. Drittens Faschos mit Orientierung an faschistischer Ideologie und Leitbildern mit hierarchischen Gruppenstrukturen (Schumann).

Für die DDR kann man also bilanzieren:

- Ausgeprägte ideologische Vorstellungen
- Sehr flexible Vernetzungsstrukturen.

Für beide deutschen Staaten kann man feststellen:

- Zugunsten des Neuaufbaus wurde darauf verzichtet, sich intensiv mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, besonders mit der individuellen Schuld derjenigen, die sich dem faschistischen System angepasst und es mitgetragen haben. Jeder, der wissen wollte, was gewesen war, konnte es auch wissen – durch Lektüre in den Schulen, Filme, Gedenkstättenfahrten usw.
- Es blieb jeweils ein Bodensatz von nazistisch Überzeugten, die ihre Botschaften im Privaten weiter trugen. Offiziell gab es keine faschistischen Vorstellungen mehr, die die neuen Staaten beeinflussten, die ehemaligen Nationalsozialisten passten sich dem neuen System an. Die große Mehrheit hatte aus dem Zusammenbruch gelernt.

- Dennoch gab es während der ganzen Zeit faschistische bzw. neofaschistische Vorstellungen, die auch durch Handeln ihren Ausdruck fanden. Die Parteien und Regierungen beider deutscher Staaten versuchten allerdings durch ideologische Zugeständnisse oder durch die Verwendung von Bestandteilen der alten Ideologie, die ihnen nützlich erschienen, die Ehemaligen mit einzubeziehen. Der Eifer der Verfolgung von Nazi-Verbrechern war unterschiedlich ausgeprägt.
- Dank des anderen Systems war es in der BRD früher möglich, wieder Organisationen zu bilden. Die jeweilige ideologische Ausprägung und Erneuerung hing mit den Möglichkeiten zusammen, die die beiden Staaten boten. Die jeweils ausgeprägten besonderen Fähigkeiten im rechtsextremistischen Lager ergänzten sich zum Ende der DDR in nahezu idealer Weise.

Beatrice Morgenthaler ist Soziologin und Mitglied der AG „Rechtsextremismus“ des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Gewerkschaft ver.di